

Newsletter 20

September 2022

Liebe Mitglieder im Landesverband, liebe Freundinnen und Freunde der Gemeinschaftsschule, liebe Gemeinschaftsschulinteressierte,

Im gerade begonnenen Schuljahr – und überhaupt in der nächsten Zukunft – wird es darauf ankommen, wie aktuelle Herausforderungen und bekannte Schwächen im schleswig-holsteinischen Bildungswesen erfolgversprechend angegangen werden können:

- ein massiver Lehrkräftemangel vor allem in Grund- und Gemeinschaftsschulen
- eine viel zu hohe Quote von Schulabgänger*innen ohne Abschluss
- weiterhin 1200 bis 1400 jährliche „Abschulungen“ durch die Gymnasien
- Versäumnisse bei der Integration von Schüler*innen mit Migrationshintergrund
- Rückstände bei Ganztags- und Digitalisierung
- regional höchst unausgewogene Bildungschancen angesichts fehlender Oberstufen

Die derzeitigen Signale zu allen diesen drängenden Fragen sind jedoch bestenfalls zwiespältig: Der Landesrechnungshof fordert, in der Art eines Schnellschusses, eine Vergrößerung der Klassenfrequenzen, ohne sich um die pädagogischen Folgen – oder auch die Konsequenzen für die Attraktivität des Lehrer*innenberufs – zu kümmern. Bildungskonservative Verbandspräsidenten reden die Nöte von Schulabbrecher*innen klein, anstelle die Ursachen für das Systemversagen zu benennen – und vor allem, Vorschläge zur Abhilfe zu machen. Dabei werden die besonderen Schwierigkeiten von Schüler*innen mit Migrationshintergrund schon fast gleichgültig hingenommen. Das Perspektivschulprogramm wird zwar fortgesetzt, aber der Empfängerkreis oder der Umfang sollen nicht grundlegend erweitert werden.

Der Ganztags, von Bundesebene für Grundschulen inzwischen rechtlich verankert, kommt an den weiterführenden Schulen in Schleswig-Holstein immer noch viel zu langsam voran. Und weiterhin wird stillschweigend vorausgesetzt, dass es die Gemeinschaftsschulen im Land sein werden, die den Großteil der im Bildungswesen auftretenden Probleme schultern müssen. Zwar erkennt der Koalitionsvertrag der neuen Landesregierung aus CDU und Grünen diese Schulart grundsätzlich als zweite Säule der Sekundarstufe an, zugleich durchzieht den Koalitionsvertrag die Ankündigung standardisierter digitaler Kontrolle der Leistungen der Gemeinschaftsschulen. Bei schwachen Ergebnissen soll das gemeinsame Lernen in Frage gestellt werden.

Mit allen diesen Zwiespältigkeiten befasst sich die vorliegende Ausgabe unseres „Newsletters“. Einige der Artikel sind bereits als Presseinformation erschienen und liegen hier nochmals zum Nachlesen vor.

Konkret plant die GGG-SH regionale Treffen von Schulleiterinnen und Schulleitern, um unseren Forderungen nach längerem gemeinsamem Lernen Nachdruck zu verleihen. Das erste Treffen wird in Kiel stattfinden.

Johann Knigge-Blietschau, Dr. Cornelia Östreich
Für den Landesvorstand

IN DIESEM NEWSLETTER

[Stellungnahme Klassenfrequenzen](#) 2/3

[PI Ausgang Landtagswahlen](#) 4

[PI Koalitionsvertrag](#) 4

[PI zum Interview mit Meidinger](#) 4

[Joachim Lohmann im Gespräch mit Ulf Daude](#) 5-7

Zur Forderung des Landesrechnungshofes nach einer Vergrößerung der Klassenfrequenzen in Schleswig-Holstein:

Jetzt sind keine Schnellschüsse angesagt, sondern solides Handeln

Die Lage ist dramatisch. Deutschland droht ein massiver Lehrkräftemangel. Selbst die optimistischsten Schätzungen gehen davon aus, dass extreme Anstrengungen erforderlich sein werden, diesem Mangel auch nur ansatzweise etwas entgegensetzen zu können. Thies Rabe, Hamburger Senator für Schule und Berufsbildung, erklärte sogar, dass es auch mit großen Anstrengungen nicht gelingen kann, mittel- und langfristig genügend Lehrkräfte zu finden.

**Lehrkräftemangel!
Schleswig-Holstein hat
ein gravierendes
Problem!**

Als Ursachen werden die demografische Entwicklung mit einer steigenden Zahl an Schülerinnen und

**Das Problem ist auch
hausgemacht!**

Schülern ausgemacht, zusätzliche geflüchtete Schüler*innen aus der Ukraine sowie zahlreiche „hausgemachte“ Probleme bezüglich der Lehrkräftesteuerung, Lehrkräftegewinnung, Lehrkräfteausbildung, Lehrkräftequalifizierung und der durch Überlastung der Lehrkräfte verminderten Attraktivität des Berufes. Für Schleswig-Holstein prognostiziert das schleswig-holsteinische Bildungsministerium eine Steigerung um 35.000 Schüler*innen auf dann 309.000 bis zum Jahr 2035/36.

Der Dramatik Rechnung tragend hat die Kultusministerkonferenz mit Beschluss vom 23.6.2022 die Ständige Wissenschaftliche Kommission damit beauftragt, das Thema Lehrkräftebildung und -gewinnung umfassend zu behandeln. Für sich selbst bekräftigt die KMK, dass sie auf dem eingeschlagenen Weg die Zahl der Studienplätze, die Gestaltung der Ausbildung, Werbung für den Beruf der Lehrerin und des Lehrers, Quer- und Seiteneinstieg, Multiprofessionalität sowie die Sicherung von Qualität und Qualifikation in den Fokus nehmen will. Auch die neue schleswig-holsteinische Landesregierung sieht in ihrem Koalitionsvertrag einen Strauß von Maßnahmen zur Bewältigung der Situation vor.

**Es gibt viele Vorschläge,
wie dem Lehrkräftemangel
beizukommen ist.**

Daneben mehren sich Stimmen, die erste Ratschläge offerieren, wie dem Mangel zu begegnen sei. So fordert Prof.ⁱⁿ Felicitas Thiel, Co-Vorsitzende der Ständigen Wissenschaftlichen Kommission der Kultusministerkonferenz, zunächst einmal sicherzustellen, dass die Kernfächer abgedeckt sind. Als Sofortmaßnahmen nennt sie weniger Teilzeitoptionen für Lehrkräfte und eine Erhöhung der Klassengröße. Vergleichbare Forderungen sind auch aus Schleswig-Holstein zu vernehmen, so z.B. von der Präsidentin des Landesrechnungshofes Gaby Schäfer, die keinen Grund sieht, warum die Klassen in den nächsten Jahren nicht noch größer werden sollen. Nach ihr gebe es keinen Be-

Der Vorschlag der Landesrechnungshofpräsidentin nach einer Erhöhung der Klassenfrequenzen ist ein Schnellschuss!

leg dafür, dass der Personaleinsatz in Schulen und der Bildungserfolg zusammenhängen.

Doch das ist nicht richtig. In ihrer Veröffentlichung „Visible Learning“ gehen John Hattie und Klaus Zierer explizit auf diesen Sachverhalt ein:

„Die Forschungen der vergangenen Jahre zeigen vielmehr, dass die Verringerung der Klassengröße die Lernleistung erhöht, allerdings mit einer geringeren Effektstärke. Gerade im Vergleich zu anderen Faktoren ist es ein kleiner, aber dennoch positiver Effekt. Die Schlüsselfrage lautet insofern: „Warum ist die Wirkung der Klassengröße so gering, insbesondere angesichts der vielen Behauptungen, die darüber aufgestellt werden und viele teilen, dass sie viel größer sein müsste?“ Die Verringerung der Klassengröße kann vieles bewirken. Es ist aber kein Selbstläufer. Vielmehr braucht es Lehrpersonen, die in

der Lage sind, die veränderten Ausgangsbedingungen sinnvoll zu nutzen. Damit kann die Klassengröße ein wichtiger Schlüssel für Veränderungsprozesse sein.“

Unterstützt werden diese Erkenntnisse von einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung aus dem Jahr 2018. Wer Klassen vergrößern will muss davon ausgehen, damit gleichzeitig den möglichen Lernerfolg von Schülerinnen und Schülern zu mindern.

Nicht minder kontraproduktiv ist eine solche Forderung vor dem Hintergrund der Arbeitsbelastung der Lehrkräfte, insbesondere derjenigen an Grund- und Gemeinschaftsschulen. In diesen Schulen finden wir höchst heterogene Lerngruppen, mit zahlreichen Schüler*innen, denen es an Konzentrations- und Durchhaltevermögen fehlt. Lehrkräfte an Gemeinschaftsschulen leisten eine Vielzahl gesellschaftlicher Aufgaben wie Integration, Inklusion, Sprachförderung für Kinder mit Migrationshintergrund. Sie fordern und fördern jedes Kind nach seinen Bedürfnissen und Fähigkeiten. Sie schulen niemanden ab und lassen niemanden zurück. Hinzu kommt, dass es schon jetzt zu wenig ausgebildete Lehrkräfte an diesen Schulen gibt. Die Abteilung für Gemeinschaftsschulen im IQSH kann seit Jahren die vorhandenen Ausbildungsplätze nicht mehr besetzen, etwa 30% der eingestellten Bewerber*innen sind zudem Seiten- und Quereinsteiger*innen. An den Schulen müssen zum Teil Hilfskräfte ohne formale Ausbildung eingesetzt werden. In dieser Situation versuchen die Lehrkräfte ihren Unterricht den Fachanforderungen gemäß durchzuführen, auf unterschiedliche kognitive, soziale und sprachliche Hintergründe einzugehen. Das gelingt bereits bei den heutigen Lerngruppen, die meistens zwischen 23 und 26 Kinder stark sind, nur mittelmäßig gut. Die Lerngruppen zu vergrößern würde bedeuten, die Lehrkräfte über jegliches vertretbare Maß hinaus weiter zu strapazieren.

Entlastung statt Belastung von Lehrkräften ist jetzt angesagt!

Die Forderung des Landesrechnungshofes nach größeren Klassen ist nur formal nachvollziehbar. Im Endeffekt wird sie zu schlechteren Lernergebnissen, einer zunehmenden Arbeits- und damit auch Gesundheitsbelastung der vorhandenen Lehrkräfte und einer weiteren Verringerung der Attraktivität des Lehrerberufs führen.

Der jetzt festgestellte Lehrkräftemangel ist zum größten Teil hausgemacht. Die Lösung liegt nicht in einer weiteren Belastung der vorhandenen Lehrkräfte, sondern in vielen einzelnen Maßnahmen, die im Ergebnis zusammenwirken müssen. Ein wesentlicher Punkt dürfte dabei die Steigerung der Attraktivität des Lehrerberufes sein. Einen ersten Schritt in diese Richtung hat gerade der niedersächsische Kultusminister Grant Hendrik Tonne mit der Vorstellung eines „Lehrkräfte-Gewinnungspaketes“ gemacht. Erforderlich sind nicht Schnellschüsse wie derjenige von Gaby Schäfer, sondern wohl überlegte Maßnahmen mit nachhaltigen Wirkungen. Um diese zu finden, sollten alle Beteiligte an einen Tisch gerufen werden.

Natürlich muss dafür auch Geld in die Hand genommen werden. Im Vergleich der Bildungsausgaben der Bundesländer steht Schleswig-Holstein auf dem vorletzten Platz. Jetzt dem Vorschlag von Frau Schäfer zu folgen und vorhandene Gelder nicht zu nutzen, wäre fatal. Investitionen in Bildung sind Investitionen in die Zukunft unserer Gesellschaft, sind Investitionen in unsere Kinder.

Der Landesvorstand



PRESSE

19.5.2022

Der GGG-Landesvorstand Schleswig-Holstein wertet den Ausgang der Landtagswahlen aus: Gleichberechtigung für Gemeinschaftsschulen und bessere Vernetzung

Am 17. Mai hat die GGG das Ergebnis der vorausgegangenen Landtagswahlen beraten. Wir bedauern, dass das Ergebnis keine Perspektive für eine Entwicklung des Schulsystems in Richtung einer Schule für alle bietet. Tatsächlich gehen von diesem Wahlausgang erhebliche Risiken für die Zukunft des bisher erreichten gemeinsamen Lernens aus. Die GGG wird sich weiter für eine grundlegende Schulreform einsetzen. In den kommenden Jahren wird es aber darum gehen, im Rahmen des Zwei-Säulen-Systems Gleichberechtigung für die Gemeinschaftsschulen zu erreichen und geplante Verschlechterungen zu verhindern.

[Zum Weiterlesen hier klicken](#)



PRESSE

27.6.2022

Die wirklichen Herausforderungen werden nicht angepackt!

Bei den bildungspolitischen Vorhaben des Koalitionsvertrages handelt es sich im Wesentlichen um eine Fortschreibung und partielle Weiterentwicklung der Bildungspolitik der letzten Legislaturperiode. Der selbstgestellte Anspruch, die Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft zu lösen und dafür neue Wege zu gehen, wird nicht eingelöst. Insbesondere bleibt die von uns geforderte Stärkung der Gemeinschaftsschulen weit hinter dem Erforderlichen zurück.

[Zum Weiterlesen hier klicken](#)



PRESSE

21.7.2022

Der Wolf im Schafsfell – wie Heinz-Peter Meidinger die gravierenden Probleme unseres selektiven Schulsystems weichzeichnet

Am 17. Juli 2022 erschien in den Lübecker Nachrichten unter dem Titel „Die meisten fallen ja nicht ins Nichts“ ein Interview mit dem Präsidenten des Deutschen Lehrerverbandes Heinz-Peter Meidinger. Der Deutsche Lehrerverband ist eine Dachorganisation verschiedener Lehrerverbände, deren Ziel der Erhalt und die Weiterentwicklung eines vielfältig gegliederten selektiven Schulsystems ist. Unter dem Deckmantel des Schulexperten verkündet Meidinger seine scheinbar fachlich begründeten Botschaften. In Wirklichkeit sind diese ideologisch gefärbt und interessengeleitet.

[Zum Weiterlesen hier klicken](#)

Lieber Ulf Daude,

ich freue mich über deinen Beitritt zur GGG, dem Verband für Schulen des gemeinsamen Lernens. Mich interessiert, wie du aus anderen gesellschaftspolitischen Erfahrungen heraus Probleme der Gemeinschaftsschule beurteilst.

Lohmann: In Schleswig-Holstein gibt es wie in den meisten Bundesländern Gemeinschaftsschulen mit und ohne Oberstufe. Wie wichtig ist die eigene Oberstufe für die Gemeinschaftsschule in Konkurrenz zum Gymnasium?

Daude: Eine Konkurrenz drückt ein Gegeneinander aus, was nun endlich überwunden werden sollte. Vielmehr sollte es um Gemeinsamkeiten und (Chancen-)Gleichheit gehen. Dafür ist eine eigene Oberstufe, oder bei kleinen Gemeinschaftsschulen auch eine enge und rechtlich verbindliche Kooperation mit einem Gymnasium, für eine Gemeinschaftsschule sehr wichtig. Wir wollen unsere Schülerinnen und Schüler zu dem für sie bestmöglichen Abschluss führen und da gehört der direkte Zugang zu einer eigenen Oberstufe mit Versetzung wie bei einem Gymnasium unbedingt dazu. Wichtig ist dann auch, dass die Oberstufenlehrkräfte nicht nur dort unterrichten, sondern auch in der Mittelstufe der Gemeinschaftsschulen, damit alle Schülerinnen und Schüler einen leichten Zugang zu gymnasialer Bildung bekommen und sich entsprechend entwickeln können.

Lohmann: Ist die Oberstufe auch für Gemeinschaftsschulen in besonderer sozialer Lage von Bedeutung?

Daude: Natürlich! In schwierigen sozialen Lagen bekommen Schulen ebenso wie die Schülerinnen und Schüler oder die Lehrkräfte von außen schnell einen schlechten Stempel aufgedrückt. Dies sind aber Vorurteile, die mit der Realität wenig zu tun haben. Natürlich sind dort die Herausforderungen und die Heterogenität häufig größer. Auch die Anzahl der Schülerinnen und Schüler mit Schwierigkeiten ist etwas höher als im Durchschnitt anderer Schulen, aber trotzdem sind die Meisten „ganz normal“, wollen einen guten Schulabschluss machen und den Weg in ihren Beruf finden. Mit einer Oberstufe hier vor Ort wird den Schülerinnen und Schüler auch diese Perspektive direkt gezeigt und sie können darauf leicht vorbereitet werden. Nach außen ist es das eindeutige Bekenntnis, dass es auch in schwierigen Wohnlagen sehr viele leistungsfähige und leistungswillige Schülerinnen und Schüler gibt.

Lohmann: Wenn eine Oberstufe für eine Gemeinschaftsschule nur in Kooperation politisch durchsetzbar ist, welche Anforderungen sollten an Kooperationen gestellt werden?

Daude: Beide Schulen müssen dann eng verwoben sein und auf Augenhöhe kooperieren. Dazu gehören z.B. auch gemeinsame Aktivitäten und Veranstaltungen der Schülerinnen und Schüler in den Mittelstufen, gemeinsame Konferenzen und Fortbildungen, der Austausch von Lehrkräften sowie gemeinsame Gremien. Nicht zuletzt ist eine hohe Verbindlichkeit sehr wichtig, die auf einer entsprechenden Rechtslage geregelt sein muss, damit nicht eine Schule ein Anhängsel

der Anderen wird oder Kooperationen auf Eis gelegt werden können, wenn sie auch einmal unbequem für eine Seite werden. In diesem Zusammenhang sollte auch einmal wieder die Einrichtung von eigenständigen Oberstufenzentren diskutiert werden, so dass alle Schülerinnen und Schüler ihr Gymnasium oder ihre Gemeinschaftsschule nach der Mittelstufe verlassen und alle gemeinsam an der Oberstufe neu beginnen.

Lohmann: Mit welchen Möglichkeiten kann man sozial und ethnisch benachteiligte Schülerinnen und Schüler über den Unterricht hinaus zu höheren Abschlüssen motivieren und befähigen?

Daude: Hier spielt ein starkes Angebot in einem guten Ganztage eine wichtige Rolle. Für die Unterrichtsinhalte sollten hier praktische Anwendungen und Vertiefungen angeboten werden, die Sinn stiften, Spaß machen und Werte vermitteln. Und der Unterricht sollte möglichst individuell gestaltet werden und dann zu den Bildungsstandards hinführen. Besonders wichtig ist, solche benachteiligten Schülerinnen und Schüler ernst zu nehmen und so zu akzeptieren, wie sie sind. Denn wenn man ihre Ausgangslage gut kennt, findet man auch leicht individuelle Anknüpfungspunkte, um sie abzuholen und mit auf einen guten gemeinsamen Weg zu nehmen. Auch die Angst vor dem Unbekannten kann man ihnen so nehmen und ihnen neue Perspektiven für Bildungswege und Berufe eröffnen.

Lohmann: Mit welchen Maßnahmen kann man die außerunterrichtlichen Aktivitäten aufwerten und die persönliche Entwicklung der Jugendlichen fördern?

Daude: Es ist sehr wichtig, dass es ein buntes Angebot an außerunterrichtlichen Aktivitäten gibt und die Schulen ein starkes Netzwerk pflegen. Die Aktivitäten müssen den Schülerinnen und Schülern viele Möglichkeiten eröffnen, diese Aktivitäten wie auch sich selbst zu erproben. Denn nur sie können herausfinden, was gut zu ihnen passt sowie sich selbst finden, selbstbewusst werden und sich sinnstiftend für sich und andere engagieren. Es sollte auch sehr darauf geachtet werden, dass das Angebot nicht durch eine Vorauswahl der Schule bestimmte Entwicklungen schon vorab ausschließt. Denn warum sollte z.B. eine Schülerin oder ein Schüler nicht das Segeln, Debattieren, Kunst oder Musikinstrumente kennenlernen oder die Klassenreise nicht zum Skifahren gehen, nur weil man auf der einen und nicht auf der anderen Schule ist?

Lohmann: Die meisten Gemeinschaftsschulen sind nur offene Ganztage Schulen; wie kann man den offenen Ganztage optimieren?

Daude: Das schließt an die vorherigen Fragen an. Wichtig ist ein starkes Netzwerk mit Anbietern aus Kultur, Kunst, Musik, Sport und Gesellschaft sowie Vereinen, Institutionen, Religionsgemeinschaften und Firmen aus der Region. Sie sollten in den ganzen Tag der Schule möglichst eng integriert werden und so die Schule als Lebensort bereichern. Es muss für die Schülerinnen und Schüler sowie für alle Mitarbeitenden Spaß machen, in die Schule zu kommen und hier den Tag zu verbringen. Und wenn z.B. die Pfadfinder, die Musikschule, die Handwerkerschaft, die Hochschule oder die Feuerwehr am Nachmittag in die Schule kommen, anstatt die

Schülerinnen und Schüler zu ihnen, dann werden nicht nur der Ganzttag und der Lebensort Schule gestärkt, sondern sie werden auch feststellen, dass sie sehr viel mehr junge Menschen mit ihren Angeboten erreichen als bisher.

Meines Erachtens sollten zudem möglichst bald alle offenen Ganzttagsschulen zu gebundenen weiterentwickelt werden, damit auch eine bessere Rhythmisierung des Schultages in Phasen möglich wird.

Lohmann: Vielen Dank, Ulf, für deine ausführlichen Antworten.

Zu den Personen:

Joachim Lohmann:



Wurde 1935 in Berlin geboren. War von 1970 –1979 Stadtschulrat in Kiel, von 1979 bis 1993 Landtagsabgeordneter der SPD in Schleswig-Holstein, dabei zunächst bildungspolitischer und später finanzpolitischer Sprecher. Von 1974—1980 war er Bundesvorsitzender der GGG.

Ulf Daude:



Wurde 1972 in Kiel geboren. Ist ausgebildeter Grund- und Hauptschullehrer. Seit 2022 Schulleiter der Gemeinschaftsschule am Brook in Kiel. War und ist in verschiedenen Funktionen der SPD tätig, u.a. seit 2016 als Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB).



Impressum: GGG-Landesverband Schleswig-Holstein

Gemeinschaftsschulverband

c/o Johann Knigge-Blietschau und Dr. Cornelia Östreich

Düppelstr. 67

Teßdorfstr. 21

24105 Kiel

23611 Bad Schwartau

johannknigge-blietschau@ggg-web.de / corneliaoestreich@ggg-

